



# iran-report

Nr. 01/2008

## ایران رپورت

### I. Innenpolitik

Teheran begrüßt Bericht der US-Geheimdienste / Reformkräfte gründen neue Koalition / Rohani contra Ahmadinedschad / Demonstrationen am Tag des Studenten / 13 Hinrichtungen an einem Tag / Verhaftung von Internetnutzern scharf kritisiert / Zwölf angebliche Terroristen getötet / Baghi wieder im Gefängnis / Opposition kritisiert Ahmadinedschad wegen Holocaust-Leugnung / Interkulturelles Zentrum geschlossen / Mykonos-Attentäter aus deutscher Haft entlassen und abgeschoben / Iran begrüßt Freilassung von Darabi / Festnahme nach Gerüchten um Putin-Attentat / Chris de Burgh als erster westlicher Popsänger in Iran

### II. Wirtschaft

Ahmadinedschad schlägt Sicherheits- und Wirtschaftspakt am Golf vor / Russland liefert erneut Atombrennstoff für Iran / Ausschreibung für 19 Atomkraftwerke / AKW in Eigenregie / China will deutlich mehr Öl aus Iran importieren / Moskau dementiert Verkauf von Luftabwehrsystem an Iran / Erdgaslieferung an die Türkei vorläufig reduziert

### III. Außenpolitik

Wende im Konflikt um iranisches Atomprogramm? / Geheimdienstbericht bringt Bush in Erklärungsnot / Israelischer Minister kritisiert US-Geheimdienstbericht / US-Geheimdienste belauschten iranische Militärs - Teheran protestiert / Gates fordert von Golfstaaten Schulterschluss, um Iran entgegenzutreten / Iran will Ende der UN-Sanktionen / Bush erwartet Erklärung von Iran / USA loben Iran für Mäßigung von Militanten im Irak / Sarkozy spricht von "Gefahr eines Krieges" / Merkel: Irans Atomprogramm bleibt eine der größten Sorgen / USA wollen Nahen Osten atomwaffenfrei / Ahmadinedschad schlägt internationales islamisches Gericht vor / Bundesregierung wies iranischen Diplomaten aus / Kanadischer Botschafter aus Iran ausgewiesen / EU-Parlamentspräsident fordert Freilassung von Studenten / Zeitung: Iran hat Nasrollah Kontrolle über Hisbolah entzogen / Ägypten schickt Vize-Außenminister nach Iran / TU Dresden unterstützt Aufbau der Weltkulturerbe-Stadt Bam



*Mit dem iran-report stellt die Heinrich-Böll-Stiftung der interessierten Öffentlichkeit eine Zusammenfassung ihrer kontinuierlichen Beobachtung relevanter Ereignisse in Iran zur Verfügung. Nach der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 veranstalteten Berlin-Konferenz und verstärkt infolge der Anschläge am 11. September stellen die Entwicklungen in Iran und der Region einen zentralen Arbeitsschwerpunkt der Stiftung dar. Der iran-report erscheint monatlich (Nr. 02/2008 Anfang Februar) und wird einem breiteren InteressentInnenkreis aus Politik, Wissenschaft und Medien zur Verfügung gestellt.*

Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, im Januar 2008

Wenn Sie den iran-report abonnieren oder abbestellen wollen, wenden Sie sich bitte an:  
Heinrich-Böll-Stiftung  
lorenz@boell.de  
Fax: 030-285 34 - 494  
Tel: 030-285 34 - 217

Impressum:

Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung

Autor: Bahman Nirumand

Redaktion: Vera Lorenz

V.i.S.d.P.: Annette Maennel

7. Jahrgang

Heinrich-Böll-Stiftung  
Hackesche Höfe  
Rosenthaler Str. 40/41  
10178 Berlin  
Tel: 030-285 34 - 0  
Fax: 030-285 34 - 109  
Email [info@boell.de](mailto:info@boell.de)  
[www.boell.de](http://www.boell.de)

## I. Innenpolitik

### Teheran begrüßt Bericht der US-Geheimdienste

Wer hätte sich vorstellen können, dass ausgerechnet US-Geheimdienste dem islamischen Regime in Teheran einen Persilschein ausstellen und damit einen triumphalen Sieg bescheren würden. Die Überraschung darüber war offensichtlich so groß, dass die staatlich gelenkten Medien in Iran mehr als zwölf Stunden für eine erste Stellungnahme benötigten. Umso deutlicher fielen die Schlagzeilen aus. Die Tageszeitung Kayhan schmückte ihren Leitartikel mit dem Titel: „Bush der größte Verlierer“, und schrieb, dass der US-Präsident nun jede Glaubwürdigkeit verloren habe. Selbst die reformierte Tageszeitung Etemad Melli titelte: „Vier Jahre Lärm um Nichts“, und meinte, die ganzen Turbulenzen um das iranische Atomprogramm hätten sich nun als Propaganda erwiesen.

Irans Staatspräsident Mahmud Ahmadi-nedschad genoss sichtlich seinen Triumph. Er warf dem Westen vor, sein Land zu Unrecht unter Druck gesetzt zu haben. „Iran hat seit vielen Jahren unter dem unrechtmäßigen Druck einiger westlicher Mächte gelitten“, sagte er. Er stellte nicht nur die US-Regierung an den Pranger, sondern auch den Welt-sicherheitsrat, den er als „Symbol der Ungerechtigkeit“ bezeichnete. „In diesem Rat haben einige Mitglieder Sonderrechte“, sagte er bei einem Treffen von iranischen Justizvertretern. Sie dürften gleichzeitig als Ermittler auftreten, Anklage erheben und Urteile sprechen, während sie selbst unbegrenzte Immunität genossen. Er schlug die Einrichtung eines internationalen islamischen Gerichts vor, das sich mit Kriegsverbrechern und solche, die „die Rechte der Nationen verletzen“, befassen solle. (s. auch Seite 16)

Außenminister Manuchehr Mottaki begrüßte den Bericht der Geheimdienste, den er als wichtige „Korrektur“ bezeichnete. Es sei immer gut, wenn andere Länder ihre Meinung zum Atomprogramm in Richtung Realität korrigierten, sagte der Minister. „Das iranische Atomprogramm ist friedlich.“ Dies hätten auch alle jüngst veröffentlichten Berichte gezeigt. Mottakis Sprecher Mohammad Ali Hosseini forderte „rechtliche Konsequenzen des Berichts“ und betonte, die Behandlung des Atom-

streits im UN-Sicherheitsrat sei „illegal“ gewesen.

Bei aller Freude meldeten sich aber auch skeptische Stimmen zu Wort. Dazu gehört erstaunlicherweise auch die Tageszeitung Djomhuri Eslami, die als Sprachrohr des Revolutionsführers gilt. Der Bericht könnte auch eine Falle sein, schrieb die Zeitung. Denn die Feststellung, dass Iran bis 2003 die Herstellung von Nuklearwaffen anstrebte, lasse die Möglichkeit einer Neuaufnahme des Programms offen. Dies liefere den Hardlinern ein Argument, um härtere Sanktionen gegen das Land durchzusetzen.

Dieselbe Skepsis schimmerte auch bei der Stellungnahme des Ausschussvorsitzenden für Sicherheit und Außenpolitik, Alaeddin Boroudscherdi, durch. Er äußerte Zweifel darüber, dass der Bericht US-Präsident Bush zu einem Kurswechsel bewegen würde. Aber er werde sicherlich „die internationale Atmosphäre“ zugunsten Irans beeinflussen und die Opposition gegen Bush verstärken.

Nun kann die Welt aufatmen. Die Gefahr eines neuen Krieges im Nahen und Mittleren Osten ist – zumindest vorerst – gebannt. Auch wenn US-Präsident George W. Bush seine Strategie der Gewalt immer noch trotzig verteidigt, werden die Neokonservativen in Washington nach dem jüngsten Bericht der US-Geheimdienste einen Waffengang gegen den Iran weit weniger als bisher rechtfertigen können. Das ist die gute Nachricht. Die Argumente für härtere Sanktionen und Krieg sind hinfällig, ebenso wie das Ultimatum des UN-Sicherheitsrats an den Iran, die Uran-Anreicherung einzustellen. Logisch betrachtet, könnten jetzt ohne Vorbedingung Verhandlungen wieder aufgenommen werden, insbesondere direkte Verhandlungen zwischen Washington und Teheran. Auch schon bisher war es nicht nachvollziehbar, warum die USA mit dem Iran über die Lage im Irak direkte Gespräche führen können, nicht aber über andere Themen wie das Atomprogramm oder über Afghanistan. Doch offensichtlich weigert sich Washington, dieser Logik zu folgen, und weist auf den Teil des Berichts der Geheimdienste, den die Zeitung Djomhuri Eslami als mögliche Falle bezeichnete. Wenn Iran bis 2003 an dem Bau der Bombe gearbeitet habe, bestehe jederzeit die Gefahr, dass das Programm wieder aufge-

nommen werde. Es könne auch sein, dass das Programm im Geheimen wieder aufgenommen worden sei. Folglich müsse Iran durch Verstärkung von Sanktionen zur Aufgabe der Urananreicherung gezwungen werden. Doch diesem Argument, das von Großbritannien und Frankreich unterstützt wird, wollen Russland und China nicht folgen. Die nächsten Wochen werden zeigen, welchen Weg der Streit mit Iran nehmen wird. Immerhin ist die unmittelbare Gefahr eines Krieges vorerst gebannt.

Die schlechte Nachricht ist, dass nun die Radikalisirten im Iran, allen voran Präsident Mahmud Ahmadinedschad, versuchen werden, die Niederlage Washingtons als Bestätigung für ihren unnachgiebigen Kurs zu verkaufen. Staatliche Medien im Iran äußerten triumphale Gefühle, der Supermacht USA einen harten Schlag versetzt zu haben.

Selbstverständlich verschweigen die Radikalen, dass ihnen dieser Triumph von US-Geheimdiensten beschert wurde, und dass die Einstellung des Atomprogramms – sollte der Bericht der Geheimdienste zutreffen – im Jahr 2003 erfolgte. Damals waren nicht sie, sondern die Reformer unter Präsident Mohammad Chatami an der Regierung. Der Erfolg ist also nicht der radikalen Politik Ahmadinedschads, sondern der Kompromissbereitschaft Chatamis zuzuschreiben. Aber darüber wird geschwiegen. Fest steht jedenfalls, dass das islamische Regime aus dem langjährigen Atomkonflikt gestärkt hervorgegangen ist.

Über die gute Nachricht gibt es auch im Iran ein glückliches Aufatmen. Denn die Angst vor einem Krieg, der in den letzten Monaten immer wahrscheinlicher schien, war groß. Die schlechte Nachricht hat aber zur Folge, dass sich das Regime in Teheran sicherer fühlen wird als in den letzten Jahren. Umso stärker wird es seinen Großmachtsambitionen nach außen und der Willkürherrschaft im Innern freien Lauf lassen. (Weitere Informationen zum Bericht der US-Geheimdienste finden Sie im außenpolitischen Teil.)

#### **Reformkräfte gründen neue Koalition**

Die reformierten Kräfte um den früheren iranischen Präsidenten Mohammad Chatami haben am 14. Dezember die Gründung einer Koalition bekannt gegeben. Der Zusammenschluss aus 21 „Par-

teien“ soll das Land bei den Parlamentswahlen im März 2008 aus der „Krise“ herausführen, die der amtierende islamistische Staatspräsident Ahmadinedschad zu verantworten habe, teilte die Koalition mit. Ziel sei es, „die Macht des Parlaments wiederherzustellen“ und den „Dilettantismus der Regierung zu bremsen“, erklärte ein Sprecher der gemäßigten Kräfte in Teheran.

Führend in der Koalition ist den Angaben zufolge Ex-Präsident Chatami, der von 1997 bis 2005 im Amt war. „Er ist einer der Grundpfeiler der Erstarbung der Reformkräfte für die kommenden Wahlen“, sagte ein weiterer Sprecher. Chatami selbst wird sich nach eigenen Angaben nicht zur Wahl stellen. Es wird vermutet, dass er sich 2009 für das Amt des Staatspräsidenten bewerben möchte.

Zu den beteiligten Parteien zählen auch die Verbündeten des ehemaligen Präsidenten Akbar Haschemi Rafsandschani. Die Organisation der Mudschahedin der Islamischen Revolution, die im vorigen Parlament die Mehrheit stellte, schloss sich ebenfalls der Koalition an.

Die Reformkräfte und die gemäßigten Konservativen, die 2004 die Macht an Ahmadinedschad abgeben mussten, hatten 2006 bei den Kommunalwahlen mit einer ähnlichen Koalition Erfolge erzielt. Sie hoffen, dass die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und die drohenden Sanktionen aus dem Ausland ihnen die Wähler in die Arme treiben werden.

#### **Rohani contra Ahmadinedschad**

Hassan Rohani, ehemaliger Verhandlungsführer im iranischen Atomkonflikt, vertritt derzeit den Revolutionsführer Ali Chamenei im Obersten Nationalen Sicherheitsrat und ist zugleich Leiter des Zentrums für strategische Fragen beim Schlichtungsrat. Rohani, der Ex-Staatspräsident Haschemi Rafsandschani nahe steht, gehört zu den schärfsten Kritikern der Atompolitik seit der Machtübernahme Ahmadinedschads. Die Kontroverse zwischen den beiden Politikern spitzte sich zu, als die Anhänger Ahmadinedschads und der Präsident persönlich den ehemaligen Stellvertreter Rohanis, Hossein Mousavian, bezichtigten, Staatsgeheimnisse verraten und mit fremden Mächten kollaboriert zu haben. Mousavian wur-

de im Mai 2007 unter Spionageverdacht verhaftet, aber nach einigen Tagen gegen eine hohe Kautions freigelassen. Ahmadinedschad behauptete, Moussavians Freunde hätten die Justiz unter Druck gesetzt, um für ihn einen Freispruch zu erlangen. Geheimdienstchef Mohseni Ejei sah es als eindeutig erwiesen, dass Moussavian Staatsgeheimnisse an andere Länder, vor allem an Großbritannien, weitergeleitet habe.

Dennoch gab die Justiz am 27. November bekannt, dass Moussavian vom Vorwurf der Spionage freigesprochen worden sei. Dieses Urteil rief den Protest der Anhänger Ahmadinedschads hervor. Regierungssprecher Gholam-Hossein Elham verlangte Revision und einen öffentlichen Prozess. Daraufhin erklärte der berühmte Oberstaatsanwalt Said Mortasawi den Freispruch für null und nichtig und kündigte die Neuaufnahme des Falls an.

Nun erklärte Rohani in einem längeren Interview mit der Zeitung Djam-e Djam: „Ich denke, der Fall (Moussavian) ist inzwischen sogar für Schul Kinder klar und bedarf keiner weiteren Erklärung. Jedermann hat gemerkt, worum es dabei ging und wer die Drahtzieher waren.“ Rohani warf den Gegnern vor, vor der Entscheidung der Justiz Urteile gefällt zu haben und fuhr fort: „Auch jetzt, nachdem alles geklärt ist, sind sie nicht etwa bereit, Reue zu üben und zuzugeben, dass sie schwere Fehler begangen haben. Sie machen wie bisher weiter.“ Es gehe nicht allein um Moussavian, sondern grundsätzlich um die Unabhängigkeit der Justiz und ihre Anerkennung als die einzige Instanz der Rechtssprechung. „Solange kein Urteil vorliegt, gilt der Grundsatz: im Zweifel für den Angeklagten.“ Man könne nicht die Ehre eines Menschen aufs Spiel setzen, um „für die bevorstehenden Wahlen Punkte zu sammeln“.

Angesprochen auf die Kritik Ahmadinedschads und seiner Anhänger an Rohanis Verhandlungsführung im Atomkonflikt sagte dieser, jene Äußerungen „beruhen vermutlich auf Unkenntnis der komplizierten Fakten“. Die Entscheidungen bei den Verhandlungen seien nicht auf den Willen einer Einzelperson zurückzuführen, es seien kollektive Entscheidungen der Staatsführung gewesen. Das gelte sowohl für die vorübergehende Aussetzung des Atomprogramms als auch für die Unterzeichnung des Zusatzprotokolls zum Atomwaffensperrvertrag. Diese Entscheidungen seien völ-

lig richtig gewesen. „Damals standen wir unter massivem Druck. Die USA hatten Afghanistan und Irak besetzt und einen Angriff auf Iran geplant. Die Atombehörde hatte in Natans angereichertes Uran gefunden und dies an die große Glocke gehängt. Wir mussten mit aller Kraft verhindern, dass der UN-Sicherheitsrat eingeschaltet wird, dass Sanktionen und militärische Maßnahmen gegen uns beschlossen werden. Unsere Wirtschaft war einem enormen Druck ausgesetzt. Die ganze Welt, von den USA und Israel bis zu den Staaten Europas, warfen uns vor, im Geheimen Atomwaffen herstellen zu wollen. Damals gelang es uns, alle diese Gefahren abzuwenden und eine Übergabe der Akte Irans an den UN-Sicherheitsrat zu verhindern. Wir haben mit der Unterzeichnung des Zusatzprotokolls erreicht, dass der Atom-Gouverneursrat einstimmig – also auch mit der Stimme der USA – Iran friedliche Absichten und die Korrektur möglicher Fehler in der Vergangenheit bescheinigt hat“, sagte Rohani. Er fügte mit Blick auf die Äußerungen Ahmadinedschads hinzu: „Ich weiß nicht, wo die, die uns heute kritisieren, sich damals aufgehalten haben. Die haben offensichtlich keine Ahnung und wissen nicht, was damals los war und worum es heute geht.“

#### **Demonstrationen am Tag des Studenten**

Es klingt absurd, ist aber wahr: Am „Tag des Studenten“ (7. Dezember) herrschte an iranischen Universitäten Versammlungsverbot. Dennoch veranstalteten die Studenten an der Teheraner Universität am 10. Dezember eine Protestkundgebung, an der rund zweitausend Studentinnen und Studenten teilnahmen. Es kam zu gewaltsamen Auseinandersetzungen. Mehrere Studenten wurden festgenommen. (siehe auch S. 17)

Bereits im Vorfeld waren einige Studenten in vorbeugende Haft genommen worden. Das Geheimdienstministerium begründete die Festnahmen mit der Behauptung, es handele sich um Personen, die von „regierungsfeindlichen Kräften“ angeheuert worden seien. Sie hätten in die Universität eindringen und dort eine „illegale“ Demonstration veranstalten wollen.

Die Kundgebung fand unter dem Motto „Universität – die letzte Bastion der Freiheit“ statt. Schon in den frühen Morgenstunden hatten Ordnungskräfte

und Mitglieder der Milizenorganisation der Basidjis alle umliegenden Straßen und die Eingänge der Teheraner Universität abgeriegelt, um Studenten anderer Universitäten an der Teilnahme zu hindern. Dennoch verschafften sich Studenten durch die Hauptpforte Zugang zu ihren Kommilitonen.

„Lieber sterben als unterdrückt werden“, „Kein Krieg, kein Faschismus“, „Frauen müssen selbst über ihr eigenes Schicksal entscheiden, nicht der Staat“, stand auf den Transparenten. Die Demonstranten forderten die sofortige Freilassung ihrer drei Kommilitonen, die sich seit Mai 2007 wegen angeblicher Veröffentlichung „antiislamischer“ Bilder in Haft befinden.

Auffallend war, dass bei dieser Kundgebung auch iranische Kurden als einheitliche Gruppe auftraten. Die Gruppe, die Transparente in kurdischer und persischer Sprache trug, wurde mit großem Beifall begrüßt. Ihr Sprecher, Sohrab Karimi, sagte: „Manche werden bestraft, weil sie die herrschende Ideologie kritisieren, wir aber werden bestraft, weil wir Kurden sind.“ Das Streben der Kurden nach Autonomie sei keineswegs gleichzusetzen mit Separatismus.

Mehrere Sprecher kritisierten die „zunehmende Militarisierung“ der Universitäten und die Einmischung der Geheimdienste und Milizenorganisationen. „Was wir wollen, ist eine Universität ohne Kontrolle durch die Regierung sowie das Recht, auch Professoren mit anderen Standpunkten zu hören“, sagte ein Sprecher und forderte die Rückkehr der zahlreichen Professoren, die aus politischen Gründen in den Ruhestand geschickt worden sind.

Die meisten Proteste richteten sich jedoch gegen die Regierung Ahmadinedschads. „Ja zum Frieden - nein zur Diktatur“ stand auf mehreren Plakaten. „Was ist uns wichtiger, Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit oder Atomenergie“, fragte eine Sprecherin. „Nicht nur jene, die im Gefängnis sitzen, sondern wir alle befinden uns in einem Gefängnis“, sagte ein Vertreter des islamischen Studentenvereins an der Universität Allameh. Salman Sima von der Azad-Universität sagte: „Heute zeigt sich der Faschismus im Gewand der Religion. Wir spüren die Stiefel der Faschisten auf unseren Kehlen. Aber die Herrschenden täuschen sich. Es wird ihnen nicht gelingen, unseren Wi-

derstand zu brechen.“ Am Ende der zweistündigen Kundgebung skandierten die Studenten: „Ahmadinedschad, Symbol der Ungerechtigkeit und des Verderbens“, „Tod dem Diktator“.

### 13 Hinrichtungen an einem Tag

Laut Zeitungsbericht wurden am 2. Januar 13 Menschen wegen Mordes und Drogenschmuggels hingerichtet. Acht Verurteilte - sieben Männer und eine Frau - wurden im berüchtigten Evin-Gefängnis im Norden Teherans gehängt, berichtete die Tageszeitung „IRAN“ in ihrer Ausgabe vom 3. Januar. Die fünf anderen wurden in den Städten Ghom und Sahedan gehängt. Seit Juli wurden im Iran bereits mehr als 55 weitere Menschen hingerichtet. Sie waren wegen Mordes, Vergewaltigung, Raubes und Entführung verurteilt worden. Insgesamt gab es 2007 mehr als 290 Hinrichtungen. Das Land liegt damit hinter China an zweiter Stelle der weltweiten Statistik.

### Verhaftung von Internetnutzern scharf kritisiert

Nach der Schließung von 24 Internetcafés und der Verhaftung von 23 Internetnutzern am 16. Dezember in Teheran hat „Reporter ohne Grenzen“ von der iranischen Regierung die Einhaltung der Meinungs- und Pressefreiheit gefordert. Die Gründe für die Festnahme der elf Frauen und zwölf Männer seien „extrem vage“, teilte die Journalistenorganisation am 18. Dezember in Berlin mit.

Die Razzien fielen zusammen mit der Ausweitung einer im April begonnenen Kampagne gegen Frauen, die die islamischen Kleidungsvorschriften verletzen, hieß es weiter. Frauen seien angewiesen, keine „westlichen“ Kleidungsstücke wie etwa enge Hosen oder Stiefel zu tragen.

Zugleich verwies „Reporter ohne Grenzen“ auf zwei seit mehreren Wochen in Haft befindliche „Internet-Dissidenten“. Die 23-jährige Journalistin Maryam Hosseinihah werde seit dem 18. November im berüchtigten Evin-Gefängnis festgehalten, die 20-jährige Jaleh Javaheri seit dem 1. Dezember. Beide hätten sich online für Frauenrechte in Iran eingesetzt. Sie seien unter anderem angeklagt, falsche Informationen veröffentlicht und „Propa-

ganda gegen die Islamische Republik" betrieben zu haben, hieß es weiter. Iran gilt als eines der Länder mit der schärfsten Internet-Zensur und rangiert auf der Staatenliste der Pressefreiheit von „Reporter ohne Grenzen“ auf Platz 166 von insgesamt 169.

Zu den Verhaftungen erklärte Oberst Nader Schakeri von der Teheraner Polizei: „Unsittliche Computer-Spiele, anstößige Bilder und unislamisch gekleidete Frauen“, seien der Grund für die Schließung der Internet-Cafés gewesen. Innerhalb von 24 Stunden habe die Polizei bei 435 Internet-Cafés Kontrollen durchgeführt und 170 Betreiber ermahnt.

#### **Zwölf angebliche Terroristen getötet**

Die iranische Polizei hat bei einem Feuergefecht zwölf Personen getötet, die des Terrorismus beschuldigt wurden. Das staatliche Fernsehen berichtete am 13. Dezember, die Polizei habe eine Gruppe von „Konterrevolutionären“ verfolgt, die „Sabotage, ethnische Konflikte und Bombenanschläge im ganzen Land“ geplant hätten. Bei dem Gefecht in der Nähe der Stadt Iran-schahr, rund 1.600 Kilometer südöstlich der Hauptstadt Teheran, wurde den Angaben zufolge auch der Anführer der Gruppe getötet, fünf Mitglieder wurden festgenommen.

Es soll sich um Angehörige der sunnischen Gruppe Dschundallah (Brigade Gottes) handeln, die bereits in der Vergangenheit für Anschläge auf iranische Soldaten verantwortlich gemacht wurde. Dem Fernsehsender zufolge wurden nach dem Gefecht auch größere Mengen an Sprengstoff, Bomben und Waffen am Kampfplatz gefunden.

#### **Baghi wieder im Gefängnis**

Der Vorsitzende des „Vereins zur Verteidigung der Rechte der Gefangenen“, der sich seit fast drei Monaten in Haft befindet, wurde nach einigen Tagen Krankenhausaufenthalts wieder in die Zelle gebracht. Wie sein Anwalt, Mohammad Saleh Nikbacht, in einem Interview mit der BBC berichtete, musste Baghi nach 76 Tagen, die er in Einzelhaft verbracht hatte, wegen zwei schweren Herzattacken im Krankenhaus behandelt werden. Dem Journalisten und Vereinsvorsitzenden wurde „Propaganda gegen die Staatsordnung“ und Veröf-

fentlichung von geheimen Dokumenten des Sicherheitsdienstes“ vorgeworfen.

Emadeddin Baghi ist der Gründer des „Vereins zur Verteidigung der Rechte der Gefangenen“. Der engagierte Menschenrechtler hat sich durch seinen Einsatz gegen Folter und Todesstrafe profiliert und wurde gerade deshalb mehrmals in Haft genommen. Zuletzt wurde er 2003 zu einem Jahr Gefängnis auf Bewährung verurteilt. Das Urteil soll nun nach seiner erneuten Festnahme vollstreckt werden. Internationale Menschenrechtsorganisationen haben gegen die Festnahme protestiert.

#### **Opposition kritisiert Ahmadinedschad wegen Holocaust-Leugnung**

Die wichtigste Oppositionsbewegung in Iran hat die Holocaust-Leugnung von Präsident Ahmadinedschad als „politisches Abenteuerium“ bezeichnet, das das Land schädige. „Der Holocaust ist ein historisches Ereignis und wir stellen ihn nicht in Abrede“, sagte der Sprecher der reformistischen RCH, Abdollah Nasser, am 14. Dezember Journalisten in Teheran.

#### **Interkulturelles Zentrum geschlossen**

Präsident Ahmadinedschad hat zum Jahreswechsel ein Institut schließen lassen, das den Austausch der Kulturen fördern sollte. Das Internationale Zentrum für den Dialog der Zivilisationen wurde 1999 vom damaligen reformorientierten Präsidenten Mohammad Chatami gegründet. Das Institut sollte ein Gegengewicht schaffen zu der vor allem in den USA einflussreichen Theorie vom „Clash of Civilizations“, die auf ein 1996 erschienenes Buch von Samuel Huntington zurückgeht.

Ahmadinedschad gab am 31. Dezember ein Dekret heraus, wonach das Institut in einem neu gegründeten Nationalen Zentrum für Globalisierungsstudien aufgeht. Das Institut hatte seine Arbeit bereits nach dem Amtsantritt von Ahmadinedschad im Jahr 2005 weitgehend eingestellt. Die jetzt verfügte Schließung gilt als Signal an die Reformen um Chatami, der sich nach langem Schweigen kürzlich kritisch über die Regierung Ahmadinedschads geäußert hat.

**Mykonos-Attentäter vorzeitig entlassen und aus Deutschland abgeschoben**

Nach 15 Jahren Haft sind die beiden Mykonos-Attentäter Kasem Darabi und Abbas Rhajel vorzeitig aus deutscher Haft entlassen und abgeschoben worden. Der Iraner Darabi wurde am 10. Dezember von Frankfurt am Main aus Deutschland ausgeflogen, wie eine Sprecherin des Berliner Innenrats der Nachrichtenagentur AFP sagte. Darabi sollte demnach nach Teheran geflogen werden. Sein libanesischer Komplize, Abbas Rhajel, war nach Angaben der Bundesanwaltschaft bereits am 8. Dezember abgeschoben worden. Ein Sprecher in Karlsruhe hob hervor, dass es sich um ein übliches Vorgehen handele: „Es gibt keine Verknüpfung mit anderen Fällen.“

Die Freilassung des früheren iranischen Geheimdienst-Mitarbeiters Darabi war in der Vergangenheit mehrfach von Iran gefordert worden. Die Bundesregierung hatte aber den Vorwurf zurückgewiesen, dass es einen politischen Deal mit Iran in den Fall gebe. Auch der Grünen-Abgeordnete und frühere Nebenklagevertreter im Mykonos-Prozess, Wolfgang Wieland, ging nicht von einem „Handel“ mit Iran aus. Er kritisierte aber scharf die vorzeitige Entlassung für Darabi, den Haupttäter des Mykonos-Anschlags. Dies sei „unverständlich und wirkt wie der 15 Jahre verwehrt und nun doch vollzogene Kotau vor dem Staatsterrorismus“, erklärte Wieland. Die vorzeitige Haftentlassung auf politischen Druck hin werde in Iran „als Schwäche des Westens und nicht als Großzügigkeit“ wahrgenommen. Bei Darabi hätten alle Voraussetzungen für eine vorzeitige Entlassung gefehlt. Der Attentäter habe weder ein Geständnis abgelegt noch Reue gezeigt. Die Maßstäbe in diesem Fall seien damit komplett andere als zum Beispiel im Fall des RAF-Terroristen Christian Klar.

Die Bundesanwaltschaft hatte im Oktober beantragt, dass Darabi und Rhajel vorzeitig aus der Haft entlassen werden sollten. Beide hätten mehr als 15 Jahre ihre Strafe verbüßt. Von weiterer Strafvollstreckung könne abgesehen werden, wenn sie aus Deutschland abgeschoben werden. Noch im Juli hatte die Bundesanwaltschaft argumentiert, dass Darabi wegen der „besonderen Schwere der Schuld“ länger als die Mindestdauer von 15 Jahren in Haft bleiben sollte.

Bei dem Anschlag auf das griechische Restaurant „Mykonos“ im Berliner Stadtteil Wilmersdorf waren am 17. September 1992 vier Spitzenvertreter der iranisch-kurdischen Opposition niedergeschossen worden. Der Prozess um den Anschlag erregte damals weltweites Aufsehen, weil das Berliner Kammergericht in seinem Urteil vom April 1997 erstmals Teheran des Staatsterrorismus gegen Dissidenten bezichtigte. Das Urteil belastete die Beziehungen zwischen Deutschland und Iran schwer.

Iran hatte sich seit langem um die Freilassung von Darabi bemüht. Auch bei den Gesprächen über eine vorzeitige Freilassung des deutschen Anglers Donald Klein, der in Iran bis März 2007 wegen Grenzverletzung im Gefängnis saß, war wiederholt auf den Fall Darabi verwiesen worden.

**Iran begrüßt Freilassung von Darabi**

Iran hat die Freilassung Darabis und dessen Rückkehr nach Teheran begrüßt. „Die iranische Regierung hat stets alles unternommen, damit Darabi freikommt, und ist daher sehr froh über seine Freilassung und Rückkehr“, sagte der Leiter des außenpolitischen Ausschusses im iranischen Parlament, Alaeddin Borujerdi, der Nachrichtenagentur IRNA.

Darabi hat einen Tag nach seiner Abschiebung seine Unschuld beteuert. Die Entscheidung des Gerichts, ihn freizulassen, „beweist, dass ich unschuldig bin“ zitierte IRNA den Attentäter am 11. Dezember. Seine Geschichte will der 48-jährige, der in Deutschland zu lebenslanger Haft verurteilt worden war, nun in einem Buch auf Deutsch aufschreiben.

„Ich war Mitglied keiner Organisation. Ich war nur Mitglied der muslimischen Studenten in Europa. Das ist einer der Gründe, warum ich festgenommen wurde“, sagte Darabi. Deutschland habe ihm 15 Jahre seines Lebens gestohlen, ebenso seiner Frau und seinen Kindern. Deshalb wolle er nun seine Geschichte aufschreiben, die dann auch auf Persisch übersetzt werden soll. Er habe bereits mit mehreren deutschen Verlegern gesprochen, erklärte Darabi.

### **Festnahme nach Gerüchten um Putin-Attentat**

Der mutmaßliche Urheber der Gerüchte über ein Attentat auf den russischen Präsidenten Wladimir Putin während seines Iran-Besuches im vergangenen Oktober ist einem Medienbericht zufolge festgenommen worden. Es handele sich um einen Mitarbeiter eines Telekommunikationsunternehmens, meldete die Agentur Fars am 1. Januar unter Berufung auf einen Regierungsmitarbeiter. Die Ermittler hätten ihn vor einer Woche festgenommen.

Eine Moskauer Agentur hatte vor Putins Reise über den angeblichen Anschlagplan berichtet. Mehrere potenzielle Selbstmordattentäter hätten sich dafür ausbilden lassen, hieß es unter Berufung auf einen russischen Geheimdienstmitarbeiter. Die Führung in Teheran wies den Bericht als Teil einer „psychologischen Kriegsführung“ gegen ihr Land zurück. Der russische Präsident reiste trotz der Gerüchte in die Islamische Republik.

### **Chris de Burgh als erster westlicher Popsänger in Iran**

Der irische Sänger Chris de Burgh sollte kommenden Sommer als erster westlicher Popkünstler in der Islamischen Republik Iran auftreten. Die iranische Nachrichtenagentur Fars meldete am 16. Dezember, de Burgh werde im Sommer mehrere Konzerte geben, teils allein, teils zusammen mit der Gruppe Arian. De Burgh und Arian haben kürzlich einen gemeinsamen Titel aufgenommen, der demnächst erscheinen soll.

Die geistliche Führung Irans hat Pop- und Rockkonzerte jahrelang als „dekadent“ verboten. In den vergangenen Jahren durften jedoch mehrfach einheimische Bands auftreten. Der Gruppe Arian gehören auch Musikerinnen und Sängerinnen an, denen Solo-Auftritte untersagt sind. Wegen der nach wie vor rigiden Haltung des iranischen Kultusministeriums sind viele Gruppen gezwungen, außerhalb des offiziellen Konzertbetriebs aufzutreten. Das wiederum führt häufig zu Polizeirazzien und Gerichtsverfahren gegen Musiker und Veranstalter.

## **II. Wirtschaft**

### **Ahmadinedschad schlägt Sicherheits- und Wirtschaftspakt am Golf vor**

Präsident Mahmud Ahmadinedschad hat den Staaten des Golfkooperationsrats (GCC) am 3. Dezember eine wirtschaftliche und sicherheitspolitische Zusammenarbeit vorgeschlagen. Mit solchen Abkommen „ohne ausländischen Einfluss“ würden Friede und Wohlstand in der Region gefördert, sagte Ahmadinedschad beim Gipfeltreffen des GCC in Katar. Der Präsident hat eine ähnliche Kooperation schon einmal angeregt, aber ein formelles Abkommen ist bislang nicht zustande gekommen.

Delegierte der beteiligten Staaten – Kuwait, Bahrain, Saudi-Arabien, Katar, die Vereinigten Arabischen Emirate und Oman – lud Ahmadinedschad nach Teheran ein, um über seinen Vorschlag zu beraten. Er nahm als erster iranischer Präsident an einem Gipfel des GCC teil. Der Golfkooperationsrat wurde 1980 zum Teil auch deswegen gegründet, weil die arabischen Staaten ein Gegengewicht zu Iran bilden wollten. Die Organisation unterstützt die Vereinigten Arabischen Emirate in ihrem Anspruch auf die Inseln Abu Mussa, Klein- und Großtomb, die Teheran als einen „unabtrennbaren Bestandteil Irans“ betrachtet. Gerade deshalb wurde in Iran die Teilnahme Ahmadinedschads an dem Gipfel von verschiedenen Fraktionen kritisiert.

### **Russland liefert erneut Atombrennstoff für Iran**

Russland hat Iran erneut für sein Kernkraftwerk in Buschehr beliefert. Die zweite Lieferung Atombrennstoff sei am 28. Dezember in Iran eingetroffen, erklärte der Vize-Direktor der iranischen Atombehörde, Ahmad Fajabaksh, nach Angaben der Nachrichtenagentur Irna. Insgesamt soll Iran von Russland bis Ende Februar 82 Tonnen Atombrennstoff, aufgeteilt auf acht Einzellieferungen, bekommen. Das mit dem Bau des Kraftwerks in Buschehr beauftragte russische Unternehmen Atomstrojexport hatte eine Woche zuvor mitgeteilt, der Reaktor könne entgegen dem iranischen Zeitplan frühestens Ende 2008 seine Arbeit aufnehmen. Demgegenüber hatte der Vize-Direktor der iranischen Atombehörde, Mohammad Saidi, angekündigt, das AKW werde bereits

in drei Monaten mit einer Stärke von 200 Megawatt laufen.

Nach der ersten Lieferung von Atom-brennstoff aus Russland hatten Moskau und Washington Teheran aufgefordert, seine eigenen Pläne zur Urananreicherung auf Eis zu legen, was die iranische Regierung jedoch vehement zurückwies.

#### **Ausschreibung für 19 Atomkraftwerke**

Iran wird nach den Worten eines Parlamentariers in nächster Zeit den Bau von 19 Atomkraftwerken international ausschreiben. Jedes solle eine Kapazität von 1000 Megawatt haben, sagte Kassem Dschalali nach einem Bericht der Zeitung „Iran Nachrichten“ vom 24. Dezember. Dschalali ist Sprecher des Parlamentsausschusses für Sicherheit und Außenpolitik.

Indes verkündete Irans Präsident Ahmadinedschad, seine Regierung werde das Atomprogramm „mit Vollgas“ fortsetzen. Dabei werde sich Teheran weder von finanziellen Sanktionen noch von militärischen Drohungen stören lassen. Zudem werde sich Iran den Forderungen des Westens nicht beugen und die Pläne zur Urananreicherung fortsetzen.

„Ich persönlich halte eine UN-Resolution gegen Iran für ziemlich unwahrscheinlich“, sagte Ahmadinedschad zu möglichen Sanktionen. „Eine derartige Resolution hätte weder Bedeutung noch wäre sie gerechtfertigt.“ Der „internationale Komplott“ gegen das iranische Atomprogramm sei durch den jüngsten Bericht amerikanischer Geheimdienste beendet.

#### **AKW in Eigenregie**

Iran hat nach eigenen Angaben mit dem Bau seines ersten Atomkraftwerks in Eigenregie begonnen. Der 360-Megawatt-Reaktor in der Provinz Chusistan werde unter der Aufsicht der nationalen Atombehörde ausschließlich von iranischen Experten errichtet, sagte Energieminister Parwis Fattah am 30. Dezember nach Angaben des Nachrichtensenders Chabar.

Das Fernsehen zeigte keine Bilder, obwohl normalerweise ranghohe Regierungsvertreter bei solchen Anlässen anwesend sind. Nach früheren Angaben des Vizepräsidenten Gholamreza Aghaza-

deh, der zugleich Chef der iranischen Atombehörde ist, soll das neue Kraftwerk innerhalb von vier bis fünf Jahren fertig gestellt werden.

#### **China will deutlich mehr Öl aus Iran importieren**

China will seinen riesigen Öldurst zunehmend mit iranischer Hilfe stillen. Der größte staatliche Raffineriekonzern des Landes hat für 2008 eine Verdreifachung seiner Importe aus Iran vereinbart, berichtete die Agentur Reuters am 13. Dezember. Damit dürfte China im kommenden Jahr etwa sechs Prozent seines gesamten Ölbedarfs aus Iran erhalten.

Die neue Vereinbarung ist ein weiterer Beleg für eine langfristige strategische Zusammenarbeit beider Länder. China muss sich Öl-Lieferanten für seine boomende Wirtschaft sichern. Iran wiederum ist auf stabile Öleinnahmen angewiesen. Mit den Verhandlungen vertraute Personen sagten laut Reuters, die staatliche Sinopec werde 2008 pro Tag 160.000 Barrel Rohöl aus Iran beziehen, nach 60.000 im Jahr 2007. Zusammen mit einer früheren Vereinbarung zwischen staatlichen Konzernen beider Länder importiert China damit 2008 insgesamt 400.000 Barrel Öl pro Tag aus Iran.

In den ersten Tagen des Dezembers haben die beiden Länder einen Milliarden-Vertrag zur Erschließung eines großen iranischen Ölfeldes geschlossen. Der Präsident des chinesischen Unternehmens Sinopec, Zhou Baixiu, und der stellvertretende iranische Ölminister Hossein Noghrehkar Schirasi vereinbarten am 10. Dezember in Teheran die Zusammenarbeit bei der Entwicklung des Ölfelds Jadawaran im Südwesten Irans. Die Kosten der Erschließung werden sich nach iranischen Schätzungen auf etwa zwei Milliarden Dollar belaufen.

In dem Ölfeld liegen nach iranischen Angaben 18,3 Milliarden Fass Rohöl. Davon etwa 3,2 Milliarden förderbar. Die tägliche Fördermenge soll nach vier Jahren 85.000 Fass erreichen und später bis zu 185.000 Fass gesteigert werden. Auf dem Feld gibt es nach Angaben Irans auch ein Naturgas-Vorkommen von rund 76 Milliarden Kubikmetern.

**Moskau dementiert Verkauf von Luftabwehrsystem an Iran**

Russland wird, einer Regierungsbehörde zufolge, sein modernes Luftabwehrsystem S-300 nicht an Iran verkaufen. Das Thema stehe nicht auf der Tagesordnung und die Regierung denke weder darüber nach noch diskutiere sie darüber, hieß es am 28. Dezember in einer Regierungserklärung, die die Behörde für militärische und technische Zusammenarbeit auf ihrer Internetseite veröffentlichte.

Zuvor hatte der iranische Verteidigungsminister Mostafa Mohammad Nadshar die Lieferung des Systems an Teheran angekündigt. Er machte jedoch keine Angaben, wann es geliefert werden solle. Moskau hatte 2007 Iran bereits für rund 490 Millionen Euro das Abwehrsystem Tor-M1 geliefert. Nach Berichten staatlicher iranischer Medien ist S-300 aber deutlich besser, weil es auch höher fliegende Objekte erreichen kann.

Nach der Ankündigung des Ministers hatte das Weiße Haus in Washington sich besorgt über den angeblich geplanten Verkauf geäußert. „Die Aussicht auf einen solchen Verkauf an Iran und andere Länder, die uns beunruhigen, ist ein Grund zur Sorge“, sagte Regierungssprecher Scott Stanzel am 27. Dezember in Crawford im US-Bundesstaat Texas.

**Erdgaslieferung an die Türkei vorläufig reduziert**

Iran hat seine Erdgasexporte an die Türkei aufgrund von technischen Problemen bei seinem Zulieferer Turkmenistan vorübergehend verringert. Iran werde deshalb seine Lieferungen an die Türkei für einige Tage um etwa 75 Prozent auf vier bis fünf Millionen Kubikmeter Gas pro Tag kürzen, berichtete die iranische Agentur Fars am 1. Januar 2008. Das iranische Außenministerium erklärte, man rechne damit, dass Turkmenistan die Lieferungen in den nächsten Tagen wieder aufnehmen werde. Die staatliche Erdgasgesellschaft Irans teilte mit, man werde die Türkei unmittelbar nach Beseitigung der Probleme wieder in vollem Umfang beliefern.

In iranischen Medienberichten wurde spekuliert, dass Turkmenistan die Lie-

ferung eingestellt habe, um Preiserhöhungen durchzusetzen. Das iranische Außenministerium dementierte die Berichte jedoch und verwies auf technische Probleme. Die Türkei, die ein Energieumschlagplatz in der Region werden möchte, hat ein Erdgaslieferabkommen mit Iran unterzeichnet. Einige europäische Länder haben jedoch Bedenken, da die Vereinten Nationen Iran wegen seines umstrittenen Atomprogramms mit Sanktionen belegt hatten. Ankara ist auch an einem Konsortium beteiligt, das die Nabucco-Pipeline baut, um Erdgas vom Kaspischen Meer nach Europa zu transportieren. Als mögliche Lieferanten sind neben Aserbaidschan Iran und Turkmenistan ins Spiel gebracht worden.

### III. Außenpolitik

#### Wende im Konflikt um iranisches Atomprogramm?

Überraschend für alle Akteure im Konflikt um das iranische Atomprogramm veröffentlichten amerikanische Geheimdienste Anfang Dezember einen Bericht, wonach Teheran sein Atomwaffenprogramm 2003 gestoppt haben soll. Die Regierung in Teheran halte jedoch wohl die Möglichkeit offen, dieses wieder aufzunehmen, hieß es in dem am 4. Dezember vorgelegten Nationalen Geheimdienstbericht. „Wir wissen nicht, ob Iran derzeit den Bau von Atomwaffen anstrebt.“ Die Entwicklung von Technologie, die auch für den Bau von Atombomben benutzt werden könnte, sei fortgesetzt worden. Irgendwann zwischen 2010 und 2015 werde Iran wohl in der Lage sein, genug Uran für den Bau einer Atomwaffe anzureichern.

Unabhängig davon, wie weit dieser Bericht mit den tatsächlichen Fakten übereinstimmt und unabhängig davon, wie man ihn interpretiert, stellte seine Veröffentlichung die bisherige Politik Washingtons und der beteiligten EU-Staaten in Frage. Denn wenn es tatsächlich zutrifft, dass Iran sein Programm bereits 2003 eingestellt hat und wenn es stimmt, dass das Land, selbst wenn es den Bau von Atomwaffen anstrebte, noch Jahre dazu brauchen würde, dann wären harte Sanktionen oder gar militärische Maßnahmen völlig unbegründet.

Wie erwartet versuchte Washington die bisherige Iran-Politik der USA zu rechtfertigen. Der Bericht enthalte positive Nachrichten, sagte der nationale Sicherheitsberater von Präsident Bush, Stephen Hadley, in einer ersten Stellungnahme. „Er zeigt, dass wir Recht damit hatten, uns um das Streben Irans nach Atomwaffen Sorgen zu machen. Er zeigt auch, dass wir Fortschritte damit machen, dies zu verhindern.“

Der schwedische Ex-Chef der Internationalen Atombehörde (IAEA), Hans Blix, hat die Beurteilung des iranischen Atomprogramms durch US-Geheimdienste als positiv, aber auch als Ausdruck von „Zickzack-Politik“ bewertet. Blix sagte am 4. Dezember im Stockholmer Rundfunk weiter: „Es wirkt doch etwas bizarr, wenn man lange Zeit knallhart sagt, dass Iran dabei ist, Atomwaffen zu entwickeln, und dass die Fertig-

stellung nur eine Frage der Zeit ist. Jetzt sagen plötzlich 16 Geheimdienste, dass sie (die Iraner) damit schon 2003 aufgehört haben.“

Präsident Bush forderte Iran auf, bei seinem Atomprogramm „reinen Tisch“ zu machen. Teheran müsse eine strategische Entscheidung bezüglich des von der internationalen Gemeinschaft geforderten Stopps der Urananreicherung treffen, sagte Bush am 5. Dezember in Omaha im US-Staat Nebraska. Andernfalls bleibe die Isolierung bestehen. Bush und Außenministerin Rice erklärten, Washington werde Iran weiter unter Druck setzen. Eine Lockerung wäre ein schwerer Fehler, sagte Rice. „Ich sehe Iran weiterhin als eine gefährliche Macht in der internationalen Politik.“ Sie warb auch in Telefonaten mit den Außenministern Deutschlands, Großbritanniens und Frankreichs sowie Russlands und Chinas dafür, den Druck auf Teheran aufrechtzuerhalten.

Demgegenüber erklärte der russische Außenminister Sergej Lawrow, nach den vorliegenden Daten gebe es keine Beweise dafür, dass Iran jemals überhaupt ein Nuklearwaffenprogramm gehabt habe. Der chinesische UN-Botschafter Wang Guangya vertrat die Ansicht, der US-Geheimdienstbericht stelle weitere Sanktionen gegen Teheran in Frage.

Der Versuch der USA und der EU, noch vor Jahresende neue Sanktionen gegen Iran zu beschließen, scheiterte an dem Widerstand Russlands und Chinas. Ob es im neuen Jahr gelingen wird, die beiden Staaten für härteren Druck auf Iran zu gewinnen, bleibt fraglich.

#### Geheimdienstbericht bringt Bush in Erklärungsnot

Der Bericht der US-Geheimdienste hat in Bezug auf Bushs Iran-Politik die Glaubwürdigkeit des Präsidenten in Frage gestellt. Nicht nur die Medien, sondern vor allem oppositionelle Demokraten fragen sich, wann der Präsident von den Erkenntnissen der Geheimdienste erfahren hatte und ob er nicht die Öffentlichkeit bewusst irreführt habe. Bush hatte noch vor wenigen Monaten den Eindruck erweckt, als stehe Iran kurz vor dem Bau der Atombombe. Er sprach sogar im Zusammenhang mit Iran von der Gefahr eines Dritten Weltkriegs.

„Im August kam, glaube ich (Geheimdienstchef) Mike McConnell zu mir und sagte: ‚Wir haben ein paar neue Informationen.‘ Worin die Neuigkeiten bestanden, hat er mir nicht gesagt“, sagte Bush am 5. Dezember vor Journalisten.

Frühere Geheimdienstler zeigten sich überzeugt, dass Bush schon lange vor Veröffentlichung den Inhalt des Geheimdienstberichts gekannt habe. „Ich kann mir nicht vorstellen, dass McConnell dem Präsidenten sein Wissen vorenthalten hat“, sagte Flynt Leverett, ein ehemaliges Mitglied von Bushs Nationalem Sicherheitsrat. „Die haben mit den Fakten Schindluder getrieben.“

„Mich entsetzt, dass er (Bush) den Bericht offenbar schon mehrere Monate kannte und dann solche Erklärungen abgab“, kritisierte der demokratische Senator Jack Reed. „Das zeugt nicht von einem verantwortungsbewussten Umgang mit Geheimdienstinformationen.“ Präsidentschaftskandidat Joseph Biden warf Bush vor, das weltweite Ansehen der USA beschädigt zu haben. „Das Verhalten des Präsidenten ist doppelt gefährlich, weil es die Zusammenarbeit mit anderen Ländern untergräbt, die wegen der von Iran wirklich ausgehenden Bedrohung notwendig ist.“

Es gab aber auch Stimmen, die den Bericht kritisierten. Der frühere UN-Botschafter der USA und Staatssekretär im Außenministerium John Bolton sagte dem Spiegel, der Bericht sei „eine Art Quasi-Putsch“ der Geheimdienste gegen Präsident Bush. „Das ist Politik, die als Geheimdienstinformation verkleidet daherkommt.“ Die Geheimdienste seien unzufrieden mit dem Regierungskurs, dies beeinflusse ihr Handeln und ihre Analyse, sagte der Ex-Botschafter, der stets eine konfrontative US-Außenpolitik unterstützte.

Der Nationale Geheimdienst der USA (NI) wies die Kritik konservativer Politiker an dem Bericht zurück. Die Aufgabe der Geheimdienste sei es, „objektive und fundierte“ Analysen zu liefern, erklärte der erste stellvertretende NI-Direktor Donald Kerr. Der Bericht über die Einstellung des iranischen Atomwaffenprogramms sei das Resultat „solider analytischer“ Zusammenarbeit aller Geheimdienste, betonte er. Die Erklärung Kerrs ist ungewöhnlich, US-Geheimdienstvertreter schalteten sich in der Regel nicht in politische Debatten ein.

### **Israelischer Minister kritisiert US-Geheimdienstbericht**

Ein Kabinettsmitglied Israels hat den jüngsten Bericht der US-Geheimdienste zum iranischen Atomprogramm scharf kritisiert. „Wir müssen uns eingestehen, dass es Israel nicht gelungen ist, die US-Führung von der Tatsache zu überzeugen, dass eine Bedrohung durch iranische Atomwaffen unmittelbar und signifikant ist“, sagte der für innere Sicherheit zuständige Minister Avi Dichter am 16. Dezember in der Nähe von Tel Aviv. Die Erkenntnisse der amerikanischen Geheimdienste, nach denen Iran sein Atomprogramm auf Eis gelegt haben soll, seien falsch und könnten zu einem regionalen Krieg führen, bei dem nicht nur Israel ins Kreuzfeuer geriete.

„Es scheint, als ob das, was wir den USA vorgelegt haben und wie wir es präsentiert haben, nicht überzeugend genug war“, sagte Dichter mit Blick auf die Schlüsse der US-Dienste. „Es ist wichtig, dass Israel wieder versucht, mit Fakten und Geheimdienstinformationen zu überzeugen“.

Israel geht davon aus, dass Iran bis 2010 über eine Atombombe verfügen könnte und sieht dadurch seine Existenz bedroht.

Auch Israels Generalstabschef betonte, die israelische Armee müsse eine Atommacht Iran verhindern. Sie müsse darauf vorbereitet sein, Iran im Falle eines Scheiterns internationaler Bemühungen daran zu hindern, Atommacht zu werden, sagte Generalstabschef Gabi Ashkenasi am 12. Dezember bei einem Vortrag in Tel Aviv. Die internationale Gemeinschaft müsse im Atomkonflikt mit Teheran entschlossen handeln. Die israelischen Streitkräfte hätten jedoch die Verantwortung, sich auf jedes Szenario einzustellen für den Fall, dass die Bemühungen der internationalen Staatengemeinschaft scheitern sollten. Ashkenasi fügte hinzu, Israel werde in den kommenden Jahren seine Fähigkeit „deutlich“ verbessern, auf „Langstrecken-Bedrohungen“ zu reagieren.

### **US-Geheimdienste belauschten iranische Militärs - Teheran protestiert**

Die Erkenntnisse der US-Geheimdienste über eine angebliche Aussetzung des iranischen Atomwaffenprogramms im

Herbst 2003 beruhen nach einem Bericht der New York Times zum Teil auf Aufzeichnungen über Treffen der iranischen Militärs. Demnach waren die Militärs über die Entscheidung aufgebracht, das Waffenprogramm und die Entwicklung von nuklearen Gefechtsköpfen zu beenden, berichtete die Zeitung am 6. Dezember unter Berufung auf US-Militär- und Geheimdienstkreise. Warum das Atomprogramm gestoppt wurde, sei aus diesen Aufzeichnungen nicht hervorgegangen.

Dem Bericht zufolge bedienten sich die US-Geheimdienste noch anderer Quellen, um die in Iran gewonnenen Erkenntnisse zu erhärten. Auf diese Weise habe vermieden werden sollen, eventuell einer gezielten Falschinformation aufzusitzen.

Der Bericht forderte Teherans Protest heraus. Iran warf den USA Spionage im Zusammenhang mit seinem Atomprogramm vor. Die Informationen im jüngsten US-Geheimdienstbericht seien mit Hilfe von Satellitenaufklärung und anderen Bespitzelungsmethoden gewonnen worden, sagte Außenminister Manuchehr Mottaki laut IRNA am 9. Dezember. Deshalb habe die iranische Regierung eine formelle Protestnote an Washington übermittelt.

Das Schreiben wurde den Angaben zufolge der Schweizer Botschaft in Teheran übergeben, die seit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen den USA und Iran 1979 die amerikanischen Interessen wahrnimmt. Dies sei unmittelbar nach der Veröffentlichung des Berichts geschehen, erklärte Mottaki.

#### **Gates fordert von Golfstaaten Schulterabschluss, um Iran entgegenzutreten**

Ungeachtet des neuen Berichts der US-Geheimdienste hat US-Verteidigungsminister Robert Gates von den Golfstaaten einen Schulterabschluss gefordert, um Iran entgegenzutreten zu können. Die Islamische Republik stelle mit ihrer Atompolitik eine Bedrohung nicht nur für die USA dar, sondern für den gesamten Nahen Osten. Ebenso betroffen seien alle Länder in der Reichweite der Raketen, die das Land entwickle, warnte Gates am 9. Dezember auf einer Sicherheitskonferenz in Bahrain.

Der Bericht der Geheimdienste bedeute nicht, dass Iran aufgehört habe, nach

Atomwaffen zu streben. Vielmehr reiche das Land weiterhin Uran an und sei nach wie vor in der Lage, sein Atomwaffenprogramm wieder aufzunehmen, sagte Gates. Iran habe sich hierfür alle Türen offen gelassen.

Der ehemalige CIA-Chef warf Iran zudem vor, aktiv Aufständische im Irak und Afghanistan sowie die militanten islamischen Gruppen Hamas und Hisbollah zu unterstützen. „Wo man sich auch hinwendet, es ist die Politik Irans, Instabilität und Chaos anzufachen, egal was das strategisch bringt und wie viel Blut Unschuldiger – Christen, Juden und Muslime – es kostet“, sagte Gates.

Den Nachbarstaaten Irans lege er deshalb nahe, in Verteidigungsfragen enger zusammenzuarbeiten und die Errichtung eines gemeinsamen Führungssystems in Betracht zu ziehen, um gegen Raketenangriffe rechtzeitig gewappnet zu sein. Dadurch könne die Regierung in Teheran von der Entwicklung solcher Waffen abgeschreckt werden.

Zugleich verteidigte Gates das Atomprogramm Israels. Auf die Frage, ob davon eine Bedrohung für die Region ausgehe, antwortete er mit einem entschiedenen „Nein“ – und erntete dafür Gelächter von einigen Teilnehmern der Konferenz, auf der Iran selbst nicht vertreten war. Den Vorwurf, die USA würden mit zweierlei Maß messen, wies Gates zurück. „Israel bildet keine Terroristen aus, um seine Nachbarn zu unterwandern. Es hat keine Waffen an Orte wie den Irak geliefert, um verdeckt tausende Unschuldige zu töten. Es hat nicht gedroht, seine Nachbarn zu zerstören. Es versucht nicht, die Regierung des Libanon zu destabilisieren.“

#### **Iran will Ende der UN-Sanktionen**

Teheran hat in einem Brief an UN-Generalsekretär Ban Ki Moon gefordert, alle Sanktionen gegen Iran wegen dessen Atomprogramm einzustellen. „Das iranische Nuklearprogramm war, ist und wird immer absolut friedlich sein“, schrieb der iranische UN-Botschafter Mohammad Khazaee an Ban. „Im Lichte dessen ist die Zeit gekommen, dass der Sicherheitsrat seine rechtswidrigen Erwägungen zum iranischen Nuklearthema beendet und die Akte an das technisch zuständige Forum abgibt, nämlich an die Internationale Atombehörde IAEA.“

Der Botschafter verwies in dem Brief vor allem auf den jüngsten US-Geheimdienstbericht zu den iranischen Atomaktivitäten. Der Report habe deutlich gemacht, dass die Vereinigten Staaten den Sicherheitsrat absichtlich in die Irre geführt und zu „unrechtmäßigen Aktionen“ gegen Iran gedrängt hätten, schrieb Khazaee. Für ein weiteres Engagement des Sicherheitsrats in dieser Frage gebe es keine Berechtigung, es würde die Situation nur erschweren. „Der Rat sollte der Atombehörde erlauben, frei von jedem Druck ihre Arbeit machen zu können.“

### **Bush erwartet Erklärung von Iran**

US-Präsident George W. Bush hat Iran erneut aufgefordert, sein Atomprogramm offen zu legen. Dazu gehöre auch eine Erklärung, warum Teheran in der Vergangenheit die Entwicklung von Atomwaffen geplant habe, sagte Bush am 12. Dezember nach einem Treffen mit dem italienischen Staatspräsidenten Giorgio Napolitano. Bush bezog sich damit auf den Bericht der Geheimdienste, wonach Iran ein früher verfolgtes militärisches Nuklearprogramm vor vier Jahren eingestellt haben soll.

„Iran ist gefährlich“, sagte Bush. „Wir glauben, dass Iran ein geheimes militärisches Waffenprogramm unterhielt, und Iran muss der Welt erklären, warum dieses Programm bestand.“ Im Interesse des Weltfriedens dürfe dieses Programm nicht wieder erneuert werden, forderte Bush.

### **USA loben Iran für Mäßigung von Militanten im Irak**

Der US-Botschafter im Irak hat Iran für seine Mithilfe im Kampf gegen schiitische Milizen gelobt. Die Regierung in Washington gehe davon aus, dass die Islamische Republik hinter dem Waffenstillstand stehen könnte, der vom irakischen schiitischen Geistlichen Moktada al-Sadr ausgerufen worden war, sagte Ryan Crocker am 24. Dezember. Zudem habe die Führung in Teheran wohl ihren Einfluss genutzt und erreicht, dass sich die Militanten an die Waffenruhe gehalten haben. Die Äußerungen Crockers gehören damit zu den freundlichsten Worten der USA ihrem Erzfeind Iran gegenüber.

Crocker machte zugleich aber deutlich, dass die USA Iran weiterhin als unberechenbar und seine Motive als undurchsichtig ansehen. Die US-Regierung hatte Iran vorgeworfen, schiitische Aufständische im Irak mit Training und Waffenlieferungen zu unterstützen. Die Regierung in Teheran hatte dies stets zurückgewiesen.

Seit der iranischen Revolution vor knapp 30 Jahren bestehen keine diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern. Erst 2007 haben die USA und Iran die ersten Direktgespräche zur Lösung der Probleme im Irak auf Botschafterebene aufgenommen. Allerdings wurde die für den 18. Dezember geplante vierte Runde der Sicherheitsgespräche auf ein unbestimmtes Datum vertagt. Der irakische Außenminister Hoschiar Sebari sagte der in Bagdad erscheinenden Zeitung „Al-Mada“ am 17. Dezember, er gehe davon aus, dass der Dialog auf Expertenebene, der auf amerikanischen Wunsch kurzfristig verschoben worden sei, am 28. Dezember nachgeholt werde. Doch auch an diesem Termin wurden die Gespräche nicht aufgenommen.

Sebari kritisierte Washingtons Außenpolitik in der Region in ungewöhnlich scharfer Form. Er sagte der Zeitung: „Wenn sich die Lage zwischen den USA und Iran etwas stabilisiert, dann wirkt sich das positiv auf die Lage im Irak aus, doch auch die USA profitieren von diesem Treffen, denn auch sie stehen unter Druck. Und das hat damit zu tun, dass sie mit wichtigen Akteuren in dieser Region nicht reden, von Gaza (Hamas) über den Libanon (Hisbollah) bis hin zu Syrien und Iran.“

Der kurdische Politiker lobte gleichzeitig Syrien. Die Syrer hätten in den vergangenen Monaten Maßnahmen ergriffen, um die Zahl der Terroristen einzudämmen, die über Syrien in den Irak gelangen. Die Zahl der illegalen Eindringlinge sei stark zurückgegangen. Diese ausländischen Terroristen kämen in den Irak, um Selbstmordattentate zu verüben.

Die US-Regierung gab allein Teheran die Schuld für das Platzen des Termins. Außenamtssprecher Sean McCormack erklärte: „Wir waren für das Treffen perfekt vorbereitet. Offenbar hatte die andere Seite Terminprobleme.“

Das iranische Außenministerium hatte zuvor die Verschiebung des Treffens

mit den Worten verkündet, sie erfolge „aus technischen Gründen, die mit den Zeitplänen der Teilnehmer zusammenhängen“.

### **Sarkozy spricht von „Gefahr eines Krieges“**

Ungeachtet des jüngsten Berichts der US-Geheimdienste über die Atompolitik Teherans hat der französische Präsident Nicolas Sarkozy erstmals öffentlich über die Gefahr eines Krieges mit Iran gesprochen. „Die Gefahr eines Krieges besteht“, sagte Sarkozy in einem am 12. Dezember veröffentlichten Interview mit der Zeitschrift „Nouvel Observateur“. Alle seien sich darüber einig, dass es für das umstrittene iranische Atomprogramm „keine zivilen“ Gründe gebe. Die Frage sei letztendlich nur, ob Iran in einem Jahr oder in fünf Jahren „eine militärische Kapazität“ erreiche. „Das Problem für uns ist nicht so sehr das Risiko, dass die Amerikaner sich zu einem militärischen Angriff entschließen, sondern eher, dass die Israelis ihre Sicherheit für bedroht halten“, sagte Sarkozy.

Er sei niemals für einen Krieg gewesen, sagte der Präsident. Falls Iran die Kontrollen der Internationalen Atombehörde (IAEA) in vollem Umfang zulassen würde, wäre er bereit, nach Teheran zu gehen und über eine Zusammenarbeit bei der zivilen Atomtechnologie nachzudenken.

Im September hatte Frankreichs Außenminister Bernard Kouchner „vor dem Schlimmsten“ gewarnt und gesagt, ein Krieg mit Iran sei nicht ausgeschlossen. Auf der ganzen Welt gebe es derzeit „keine größere Krise“ als die um das iranische Atomprogramm, sagte Kouchner.

### **Merkel: Irans Atomprogramm bleibt eine der größten Sorgen**

Bundeskanzlerin Angela Merkel sieht in dem Atomprogramm Irans eine der „größten sicherheitspolitischen Sorgen“. Es sei gefährlich, dass Teheran entgegen den Sicherheitsresolutionen der Vereinten Nationen (UN) sich weiterhin weigere, die Urananreicherung aufzugeben, schrieb Merkel in einem Beitrag für das „Handelsblatt“ am 27. Dezember. „Die unerträgliche Hetze des iranischen Präsidenten (Mahmud Ahmadi-

nedschad) gegen Israel spricht zudem Bände.“ Es bleibe ein vitales Interesse der gesamten Weltgemeinschaft, ein nuklear ausgerüstetes Iran zu verhindern – „wenn nötig mit der weiteren Verschärfung der Sanktionen“.

### **USA wollen Nahen Osten atomwaffenfrei**

Die USA befürworten einen atomwaffenfreien Nahen Osten, damit es Frieden in der Region geben kann. Dazu müsse aber auch das iranische Atomprogramm unter Kontrolle sein, sagte der US-Botschafter bei der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA), Gregory Schulte, am 13. Dezember in Dubai. Die USA und andere Staaten hätten Israel aufgefordert, sich dem Atomwaffensperrvertrag anzuschließen. Grundsätzliche Unterstützung Washington die atomare Abrüstung in der Region. „In der Praxis glauben wir jedoch, dass wir realistisch bleiben müssen, wenn es darum geht, dieses Ziel zu erreichen“, sagte er. Wenn der Nahe Osten zur atomwaffenfreien Zone werden solle, müsse es parallel dazu „so etwas wie ein umfassendes Friedensabkommen“ geben.

„Wir hoffen, dass der Weg hin zu einem solchen Abkommen (bei der internationalen Nahost-Konferenz) in Annapolis begonnen hat“, sagte Schulte. Bedauerlicherweise wolle jedoch Iran die Vereinbarungen von Annapolis hintertreiben. Er glaube daher, dass es vorerst darum gehe, einen Rüstungswettlauf in Nahost zu verhindern und erst dann um die atomare Abrüstung.

Es gilt als offenes Geheimnis, dass Israel über Atomwaffen verfügt. Das Land bewahrt zwar seit Jahrzehnten Stillschweigen über sein Nuklearprogramm und hat den Besitz von Atomwaffen bislang weder bestätigt noch dementiert. Ausländischen Militärexperten zufolge verfügt der Staat jedoch über bis zu 200 Atomsprengköpfe, die von Flugzeugen oder Langstreckenraketen abgefeuert werden können.

### **Ahmadinedschad schlägt internationales islamisches Gericht vor**

Präsident Ahmadinedschad hat die Einrichtung eines internationalen islamischen Gerichts vorgeschlagen. Vor dem Gericht sollten sich hauptsächlich Kriegsverbrecher und solche, „die die Rechte der Nationen verletzen“, ver-

antworten, sagte Ahmadinedschad am 4. Dezember bei einer Konferenz der Justizchefs islamischer Länder in Teheran. Er kritisierte in seiner Rede, dass „internationale Institutionen wie der UN-Sicherheitsrat nicht auf der Grundlage der Gerechtigkeit“ agierten. Er prangerte immer wieder die „Ungeerechtigkeit“ an, dass nur fünf Staaten im Sicherheitsrat ein Veto-Recht haben. Daher könnten die „Kriminellen der Welt“ ihr Werk sorglos fortsetzen.

Der Vorschlag Ahmadinedschads richtete sich unter anderem gegen US-Präsident Bush. Irans Revolutionärsführer Ali Chamenei hatte im September erklärt, Bush werde sich eines Tages vor einem „unabhängigen internationalen Gericht wegen der im Irak verübten Gräueltaten“ verantworten müssen.

#### **Bundesregierung wies iranischen Diplomaten aus**

Die Bundesregierung hat nach einem Bericht des "Spiegel" einen iranischen Diplomaten ausgewiesen, der in Deutschland angeblich Komponenten für das umstrittene Atomprogramm beschaffen wollte. Der Botschafts-Attaché sei bereits im Juli des Landes verwiesen worden, schrieb das Magazin. Die Angelegenheit sei erst jetzt bekannt geworden. Das Auswärtige Amt wollte zu dem Vorgang keine Stellungnahme abgeben.

Der Diplomat an der iranischen Botschaft in Berlin soll Kontakt zu einem bayerischen Spezialunternehmen aufgenommen haben. Vermutet wird, dass er ein Bauteil zur Systemsteuerung kaufen wollte, das auch bei der Urananreicherung benötigt wird.

#### **Kanadischer Botschafter aus Iran ausgewiesen**

Teheran hat am 4. Dezember den kanadischen Botschafter aus dem Land gewiesen. Kanadas Außenminister Maxime Bernier sprach in Ottawa von einem „völlig ungerechtfertigten“ Schritt der iranischen Regierung, berichtete der Sender CTV. Die Ausweisung von Botschafter John Mundy sei vermutlich die Reaktion Teherans auf die Ablehnung mehrerer Diplomaten, die Iran als Botschafter in Ottawa vorgeschlagen hatte. „Leider konnten wir bisher die von Teheran vorgeschlagenen Kandidaten nicht akzeptieren“, sagte Bernier.

Nach Angaben des Senders CTV gehörten zwei Kandidaten zu den radikalen Studenten, die 1980 die US-Botschaft in Teheran besetzt hatten.

#### **EU-Parlamentspräsident fordert Freilassung von Studenten**

Der Präsident des Europaparlaments, Hans-Gert Pöttering (CDU), hat am 17. Dezember die sofortige Freilassung von 28 Studenten in Iran gefordert. Die iranischen Behörden sollten umgehend die Familien und Rechtsanwälte der Festgenommenen über deren Schicksal informieren, verlangte Pöttering. Die Studenten wurden festgenommen, weil sie für den 7. Dezember eine Demonstration geplant hatten. Dies hatte eine elfköpfige Delegation des EU-Parlaments unter der Leitung von Angelika Beer (Grüne) bei ihrem Besuch in Teheran festgestellt. Laut Pöttering soll die Liste mit den Namen der Studenten den iranischen Behörden und der EU-Vertretung in Teheran übermittelt werden.

Der Parlamentspräsident verurteilte zugleich scharf die Hinrichtung eines 21 Jahre alten Iraners Anfang Dezember. Dieser war für ein Verbrechen, das er mit 13 Jahren begangen hatte, zum Tode verurteilt worden. Mit der Hinrichtung des Mannes verletzte Iran die UN-Kinderrechtscharta, der Teheran beigetreten sei. Sie stehe zudem im Widerspruch zu allen Zusicherungen, die Teheran der EU in den vergangenen Monaten gegeben habe.

Beer, die zugleich Präsidentin der Iran-Gruppe des EU-Parlaments ist, berichtete, dass sie bei ihrem Besuch in Teheran außer mit dem Parlamentspräsidenten, einigen Parlamentariern und dem Außenminister, unter anderem auch mit Angehörigen der gefangenen Studenten sowie mit Vertretern der iranischen Zivilgesellschaft gesprochen habe.

#### **Zeitung: Iran hat Nasrollah Kontrolle über Hisbollah entzogen**

Einem Zeitungsbericht zufolge hat die iranische Führung dem Generalsekretär der libanesischen Hisbollah, Hassan Nasrollah, die Kontrolle über die Miliz der Bewegung entzogen. Die arabische Zeitung „Al-Sharq Al-Awsat“ berichtete am 13. Dezember, dass der bewaffnete Armee der pro-iranischen

Schiiten-Bewegung bis auf weiteres von Nasrollahs Stellvertreter, Scheich Naim Kassim, übernommen worden sei. Das habe ein Informant, der dem Verbindungsbüro der Iraner im Libanon nahe stehe, bestätigt. Nasrollah sei aber weiterhin die Nummer Eins der Partei und habe auch die Kontrolle über die geheimdienstlichen Aktivitäten der Bewegung.

Im Libanon kursieren schon seit geraumer Zeit Gerüchte über interne Machtkämpfe in der radikalislamischen Hisbollah. Bisher hat es jedoch niemand aus der Bewegung gewagt, die Autorität des von vielen Schiiten im Libanon verehrten Hisbollah-Chefs in Zweifel zu ziehen.

Die Entscheidung, Scheich Naim das Kommando zu übertragen, sei nach dem Besuch einer hochrangigen Delegation aus Teheran im Libanon im vergangenen August getroffen worden.

#### **Ägypten schickt Vize-Außenminister nach Iran**

Knapp drei Jahrzehnte nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Iran und Ägypten schickte Kairo Mitte Dezember einen Gesandten nach Teheran. Vizeaußenminister Hussein Darar reiste zunächst nach Teheran und anschließend in die indische Hauptstadt Neu Delhi. Wie der ägyptische Außenminister Ahmed Abul Gheit am 10. Dezember der Presse gegenüber mitteilte, sollte sein Vize in Teheran ein Schreiben über bilaterale Beziehungen übergeben. Ägypten hatte nach einem Kairo-Besuch des iranischen Vize-Außenministers Abbas Araghtschi im September seine Bereitschaft bekundet, mit Teheran in einen Dialog zu treten. Teheran hatte seine diplomatischen Beziehungen zu Kairo 1980 nach der Anerkennung Israels durch Ägypten abgebrochen.

Der ägyptische Präsident Husni Mubarak hatte Ende Oktober den Bau mehrerer Atomkraftwerke angekündigt. Daraufhin hatte Iran eine Zusammenarbeit bei der zivilen Nutzung der Atomkraft angeboten. „Wir sind jederzeit bereit, zu Ägypten volle diplomatische Beziehungen aufzunehmen“, hatte kürzlich Irans Präsident Ahmadinedschad erklärt.

#### **TU Dresden unterstützt Aufbau der Weltkulturerbe-Stadt Bam**

Die Technische Universität Dresden unterstützt den Wiederaufbau der zum UNESCO-Weltkulturerbe gehörenden iranischen Stadt Bam. So seien Architekten und Ingenieure an der Wiedererrichtung eines historisch besonders wertvollen Hauses beteiligt, teilte die Universität am 12. Dezember in der Elbestadt mit. Bam und sein historischer Teil mit einer 2.500 Jahre alten Zitadelle wurde im Dezember 2003 bei einem schweren Erdbeben mit zehntausenden von Toten in weiten Teilen zerstört.

Die Arbeiten am Sistani-Haus haben im Juni 2007 begonnen. Zur Verwendung kämen mit Palmfasern verstärkte Lehmsteine. Außerdem werde das vorhandene Mauerwerk mit Ankern und Nadeln verstärkt. Die TU-Mitarbeiter hätten entschieden, die Mauern zudem mit dicken Glasfaserstäben zu stabilisieren, um sie vor neuerlichen Erdbeben besser zu schützen. Dafür habe es an der TU Labortests und Einsturzsimulationen gegeben, hieß es. Der Wiederaufbau der im Südosten Irans gelegenen Stadt wird unter anderem vom Auswärtigen Amt und der UNESCO gefördert.